

Airline, Kalisalz und Werkzeugmaschinen: Nieder mit Made in GDR

Westdeutsche Unternehmen hatten erwartungsgemäß nicht das geringste Interesse an einer konkurrenzfähigen Ost-Wirtschaft. So wurde der Privatisierungswahn der Treuhand zum willkommenen Vehikel für eine **Ausschaltung der ostdeutschen Konkurrenz**.¹ Von Seiten der Treuhand aus funktionierte dies auch durch die Besetzung der Aufsichtsgremien der zu verkaufenden DDR-Betriebe mit »Branchenkenner«, also Managern westdeutscher Unternehmen. Denen ging es darum, dass die ostdeutschen Unternehmen »ihrer Branche« vom Markt verschwand, sei es durch Übernahme oder Liquidation.²

Hier drei Beispiele, die für die vielen Betriebe stehen, die geschlossen wurden, weil sie weltmarktfähig produziert und der westdeutschen Wirtschaft als Konkurrenz gegenüberstanden:

Die DDR war der zweitgrößte Kali-Exporteur der Welt. Die zahlreichen Kalisalztypen, die in der DDR gefördert wurden, sind von höchster Qualität und weltweit gefragt. Düngemittelgiganten in Skandinavien sind Großabnehmer, wodurch die Kali-Industrie der DDR eine äußerst günstige Markt- und Auftragslage hat, auch nach 1989.^{3,4} Was allerdings dann kommt, ist für die Belegschaft unvorstellbar. Die THA gibt das Ende des Kaliabbaus im Osten bekannt. Auch der Thomas-Münzer-Schacht in Bischofferode wird geschlossen. Der Kampf der Kumpel für ihr Werk stellt den Höhepunkt der Proteste gegen die



Eine eigenständige ostdeutsche Fluggesellschaft war nicht gewollt. Die westdeutsche Lufthansa konnte sich auf ihren Staat verlassen. Er räumte die Konkurrenz aus dem Weg.

THA dar. Doch dieser Kampf ist von vornherein aussichtslos. Denn mit dem »Fusionsvertrag« zwischen Kali-West und Kali-Ost ist das Ende des Kali-Abbaus in Bischofferode längst besiegelt. Die BASF triumphiert, ihre Ost-Konkurrenz im Kali-Abbau ist ausgeschaltet. Danach wird das Bergwerk für 181 Mio. Euro Steuergelder mit Lauge geflutet. 178 Mio. Tonnen Kalisalz im Wert von 3,5 Mrd. Euro, das die Region noch 40-50 Jahre wirtschaftlich abgesichert hätte, werden unbrauchbar gemacht.⁵ Obwohl es für die Interflug, die staatliche Fluggesellschaft der DDR, reihenweise Kaufangebote aus dem Ausland gibt, sorgen die Treuhand, das Bundeskartellamt, die Lufthansa und deren Lobby im Bundesverkehrsministerium⁶ dafür, dass diese potenziellen Käufer nicht zum Zuge kommen. Denn mit ihren wichtigen Landerechten (Slots) und ihrer Hauptstadtflughafen ist die Interflug eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Lufthansa. Die Torpedierung der Kaufabsichten aus dem Ausland ist erfolgreich: United Airlines, Virgin Atlantic Airways und British Airways gehen leer aus. Die Lufthansa muss nur noch das von der THA bestätigte Ende der Interflug abwarten und bedient sich dann aus der Konkursmasse.⁷

Die VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik (BWF) ist Weltmarktführer auf dem Gebiet der Innenrundscheifmaschinen. Die Auftragslage ist gut. Das Umsatzziel für 1991 von 52 Mio. DM soll sogar überboten werden. Trotzdem wird der Produktionsstandort der BWF von der THA billig an die Knorr-Bremse AG verhöckert.⁸ Nachdem die BWF ihren Standort verloren hat, wird sie verlagert, verkleinert, verkauft und schließlich geschlossen.

Als Quasi-Einladung zum **Ausplündern firmeninterner Insiderinformationen der Konkurrenzbetriebe** im Osten erteilt die THA jedem Kaufinteressenten »Besuchsberechtigungen«, die ihm das Recht einräumen, alle Auskünfte über einen Betrieb vor Ort zu erhalten.⁹ So geraten wichtige Unternehmensdaten der Betriebe auf dem Silbertablett in Hände der Konkurrenz.



WMW: eine Marke, die auf allen Kontinenten zu Hause war. Die DDR war nicht umsonst einer der größten Maschinenbauexporteure der Welt. Das Kombinat Fritz Heckert wurde geschleift – so geht Marktwirtschaft.

Zum Fall Deutsche Waggon AG (Nachfolgebetrieb aus dem VEB Kombinat Schienenfahrzeugbau) gibt ein Mitglied des Firmenvorstands dem Treuhand-Untersuchungsausschuss zu Protokoll: »Insiderwissen ist rausgeflossen dadurch, dass uns die westdeutsche Konkurrenz unter dem Mäntelchen des Privatisierungsinteresses nach und nach untersucht hat. Die brauchten gar keinen Berater, der ihnen etwas weitergibt.«¹⁰

Noch dreister geht man mit der Forschungs- und Entwicklungsabteilung des renommierten Werkzeugmaschinenbaukombinates Fritz Heckert vor. Diese reißt die THA aus dem Kombinat und verkauft sie mitsamt der Vertriebsabteilung des Kombinales gleich ohne Umwege an Heckerts Hauptkonkurrenten, die Rothenberger Gruppe. Ohne Forschung und Vertrieb ist der Ruin des Maschinenbauers vorprogrammiert.¹¹

Der Fall des Maschinenbauers Fritz Heckert ist auch ein Beispiel für die verheerende Praxis des **Herausfiletierens existenzieller Teilbereiche** aus Treuhandbetrieben. Einzig und



Westdeutsche Investoren lernen die Treuhand lieben und die Bevölkerung im Osten sie hassen. Warnschild im Raum Arnstadt.

allein nach dem Gesichtspunkt vollzogen, wie verkaufbar das Einzelstück ist, wird so die Ware für Investoren mündgerecht zerstückelt. Der Rest ist selten überlebensfähig und wird verramscht. Selbst Lothar de Maizière, Chef der letzten DDR-Regierung, die nach Kohls Pfeife den Abgesang auf die DDR anstimmte, stellte fest: »Man kann doch nicht alles Fleisch verkaufen ... nur auf den Knochen sitzenbleiben und dann diese Knochen zum industriellen Kern erklären.«¹²

Am ausgestreckten Arm verhungern lassen

Obwohl immer mal wieder der Begriff Sanierung fiel, hatte die THA **keinen langfristigen, aktiven, eigenständigen Sanierungsplan**, zu keinem Zeitpunkt.¹³ Das, was die THA der Öffent-

lichkeit als »Sanierungsstrategie« verkaufte, beschränkte sie auf befristete finanzielle Beteiligungen.¹⁴ Dort, wo es in den Betrieben Initiativen gab, benötigtes Kapital für dringend erforderliche Investition aufzutreiben, scheiterten diese am zermürenden Wechselspiel mit der Treuhand, die für sowas selten Gelder gab.¹⁵ Entscheidungen, ob Belegschaften ihren Betrieb selber retten dürfen, wurden durch die THA-Verwaltung so lang aufgeschoben, bis die wenigen Chancen vertan, neue Märkte besetzt und Fachkräfte verschwunden und unerreichbar waren. Geld gab es von der THA immer nur so viel, dass auf Raten gestorben werden konnte und ein sofortiges massenhaftes Firmensterben und damit das Risiko eines größeren Aufschreis der Öffentlichkeit vermieden wurde.¹⁶

Jede Idee, die staatliche Unterstützung für einen ehemaligen DDR-Betrieb einforderte, um dort aus den roten Zahlen zu kommen, wurde im Angstgeschrei vor »Subvention« und »staatlicher Einmischung in die Wirtschaft« erstickt. Dabei war staatliche Beteiligung bei westdeutschen Konzernen wie VW und Lufthansa seit Jahrzehnten für die BRD kein Problem. Im Osten ließ man die Betriebe am ausgestreckten Arm verhungern. Während noch jeder Provinzautohändler in der Marktwirtschaft seine im Angebot stehenden Wagen für den Verkauf repariert und aufpoliert, hatte die THA kein Interesse an ihrer eigenen Ware. Öffentlichkeitswirksam redete die Treuhand die ihr anvertrauten Betriebe schlecht und marode und ließ sie verrotten. Man wollte und durfte keine langfristige Verantwortung für sie übernehmen.¹⁷

Wofür jedoch das Geld bei der THA immer locker saß, waren die Heerscharen von »Beratern« und »Liquidatoren«. Allein in der Zentrale der THA werden 20 Mio. DM für Liquidatoren-Honorare aufgewendet. Dazu kommen treuhandweite **Berateraufträge in Höhe von über 20 Mrd. DM**, über deren genaue Verwendung weder die Bundesregierung noch die THA Auskunft erteilen konnten.¹⁸

Auch vielen Käufern zeigte sich die THA erstaunlich großzügig. Wenn es darum ging, denen, die sich schon zu Ramschpreisen am Volkseigentum bedient hatten, auch noch Millionen DM an Fördermitteln, »Anschubfinanzierung« und anderem mehr hinterherzuwerfen, war man spendabel. Wie muss es wohl den Arbeitern der Betriebe ergangen sein, als sie sahen, dass das Geld, das für die Sanierung ihres Betriebes nie da war, nun den westdeutschen Käufern auch noch als Geschenk mitgegeben wurde?

Egal, was sich die Arbeiter anderes vorgestellt hatten: es war nicht gewollt. Die Treuhand dachte und handelte nicht im Interesse der DDR-Betriebe, sondern im Interesse der Investoren aus dem Westen.¹⁹

Willkür und belohnte Stilllegung

Es spricht Bände, dass sich die THA-Mitarbeiter in ihren weitreichenden Entscheidungen über hunderttausende Arbeitsplätze und die Milliardenwerte des Volkseigentums an **keine verbindlichen Regeln** zu halten hatten. Vorkehrungen für die Beachtung des verfassungsrechtlich verankerten Willkürverbots waren nicht getroffen.²⁰

Man sprang mit den Betrieben um, wie es einem passte. Was, wofür, an wen verscherbelt beziehungsweise warum stillgelegt wurde, blieb das Geheimnis der THA. Kein Geheimnis dagegen war das **Treuhand-Bonussystem**. So gab es Bonuszahlungen, jedoch nicht etwa, wenn ein Betrieb besonders gewinnbringend verkauft wurde, eine Sanierung erfolgreich abgeschlossen oder besonders viele Arbeitsplätze erhalten wurden. Extrazahlungen gab es für besonders schnellen Abbau des Bestandes der Treuhand.²¹ Ob nun privatisiert, liquidiert oder zum Mond geschossen, Hauptsache weg vom Tisch.

Selbst die grundlegendsten Regeln beim Verkauf von Waren in einer Marktwirtschaft wurden in den Wind geschossen, denn es ging nicht um den Verkauf des Volkseigentums, sondern um raschen Eigentumswechsel und Entsorgung. Die im »Treuhand-Untersuchungsausschuss« befragte sachverständige Konkursverwalterin kam dahingehend zur Einschätzung: »Ich habe in allen diesen Unternehmen Fälle gesehen, dass alle, aber auch alle Spielregeln für eine regelgerechte Privatisierung verletzt worden sind ...«²²

Schnell »fertig« werden, darum drehte sich bald alles. Im Oktober 1991 wurden durchschnittlich 24 Privatisierungen am Tag durchgeführt.²³ Das Einholen möglichst vieler Kaufangebote von Käufern mit Sachkenntnis bedeutete nur noch Zeitverlust, also lieber mit weniger Interessenten weniger verhandeln, am Ende auch ohne Konzepte.²⁴ Die Abmachungen in den Kaufverträgen über Investitionen werden lax kontrolliert und nicht eingehalten. 1993 sind von vertraglich zugesicherten Investitionen



Jeder Kompromiss, jede Bitte an die »Brüder und Schwestern im Westen« half am Ende nichts, das Schicksal des ostdeutschen Kali-Bergbaus war bereits durch die Treuhand und die BASF besiegelt, als der Kampf um den »Thomas-Müntzer-Schacht« noch tobte. Mit der Konkurrenz beseitigte man in Bischofferode Milliardenwerte und die Zukunft einer ganzen Region.

von 200 Mrd. DM erst ganze 10 Mrd. DM realisiert.²⁵ Auf die Prüfung der Kaufgebote wird ebenso verzichtet wie auf die Prüfung der Käufer. Man bietet »erhebliche kriminogene Anreize für Straftäter«,²⁶ wie der Untersuchungsausschuss zur Treuhand später feststellt. Reihenweise geht die THA Hochstaplern auf den Leim und schafft ein Eldorado für jeden Wirtschaftskriminellen. 1991 kaufen als Investoren verkleidete Journalisten der ARD-Fernsehsendung »Monitor« fast zwei DDR-Großbetriebe vor laufender Kamera der Treuhand für ein Taschengeld ab.²⁷

Maßnahmenkatalog einer Annexion

Einige der Maßnahmen der BRD und ihrer Treuhand sind hier beleuchtet worden, es sind längst nicht alle. Das Licht unserer Betrachtung ist schwach und dringt nur schwer durch das Gras, das seit Jahrzehnten über alles wächst. Es dringt schwer durch das Verschweigen, das Vertuschen und die in Jahrzehnten verlautbarte Falschinformation.

Hier scheint es kein Interesse an »Aufarbeitung« zu geben. Selbst so einem Schwergewicht wie einem Untersu-

chungsausschuss des Deutschen Bundestages setzten Treuhand und Regierung bei seinen Ermittlungen enge Grenzen: Akten wurden für die Einsicht geschlossen, ein Großteil der Dokumentationen der Treuhand als geheim eingestuft, Verknappung der Zeit für die Beweiserhebung und weiteres.²⁸

Und doch, ein Blick auf die wesentlichen Entscheidungen vom Staat und seiner Treuhand zeigt viel. Schlagworte wie Inbesitznahme, Eigentumswechsel um jeden Preis, bewusste zweckdienliche Zerstörung, Annexion. Es sind Maßnahmen, die eines gemeinsam hatten: Der Staatsapparat und seine Treuhand trafen sie nicht für eine wie auch immer geartete Einheit, sondern stets gegen die Wirtschaft im Anschlussgebiet, ohne Rücksicht auf die Menschen dort und was sie in 40 Jahren geschaffen hatten. Für die Folgekosten dieser Maßnahmen aufkommen müssen wir alle. Wenigstens im Abzahlen des Preises für die »Heimholung« der DDR und ihrer Wirtschaft sind wir in Ost und West vereint und reichen uns die Hände.